



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. Mai 2022 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat Isabel Bartal (SP, Zürich) diskussionslos in die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) gewählt ([KR-Nr. 153/2022](#)). Sie ersetzt Sibylle Marty.

Der Kantonsrat hat diskussionslos ein neues Ersatzmitglied des Baurekursgerichts gewählt ([KR-Nr. 87/2022](#)).

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Zürcher Kantonalbank (ZKB) für das Jahr 2021 mit 166 zu 1 Stimmen genehmigt ([KR-Nr. 67/2022](#)). Überdies hat er den Bankorganen der ZKB für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt und die Ernst & Young AG, Zürich, als Revisionsstelle für die Jahre 2023 und 2024 bestätigt.

Der Kantonsrat hat mit 162 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung die Rechnung 2020/21 und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) genehmigt ([KR-Nr. 49/2022](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative (PI) von SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann mit 100 Stimmen vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, die Kompetenz für Kreditübertragungen im Budget auf die neue Rechnung bei Vorhaben, die innerhalb einer Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden können, vom Regierungsrat an den Kantonsrat zu übertragen ([KR-Nr. 97/2022](#)). Die PI wird nun einer Kommission zu Bericht und Antrag zugewiesen, bevor dann der Kantonsrat definitiv darüber entscheiden wird.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. Mai 2022 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 144 zu 20 Stimmen einer Vorlage zugestimmt, mit der Sozialhilfeorgane in Strafverfahren wieder Parteistellung erhalten, wenn diese ein Sozialhilfeverfahren betreffen ([KR-Nr. 307/2019](#)). Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Der Kantonsrat hat den Ergänzungsbericht zu einem Postulat von FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch zur Kenntnis genommen und das Postulat, mit dem eine Überprüfung gefordert wurde, wie die Integrationspauschale des Bundes für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge effizienter eingesetzt werden kann, ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([5559](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat von Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen, betreffend «Geschlechtergleichstellung in der kantonalen Kulturförderung» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([5723](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat von FDP-Kantonsrat Beat Habegger betreffend «Errichtung eines <Zürich International Commercial Court> am Handelsgericht des Kantons Zürich» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([5666](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von GLP-Kantonsrätin Claudia Hollenstein mit 84 zu 74 Stimmen überwiesen, mit dem der Regierungsrat gebeten wird, eine Strategie für eine partizipative Demokratie zu erarbeiten, mit der neue informelle Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung mittels digitaler Plattformen konzipiert und erschlossen werden sollen ([KR-Nr.](#)

[226/2019](#)). Das Postulat geht nun an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts und Antrags innert zweier Jahre.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin der Grünen, mit 77 zu 70 Stimmen überwiesen, mit dem der Regierungsrat gebeten wird, in einem Bericht darzulegen, wie er die Wohnsituation anerkannter Flüchtlinge und vorläufig aufgenommener Personen einschätzt, damit die Wirkungsziele der Integrationsagenda Schweiz erfüllt werden können ([KR-Nr. 324/2019](#)). Das Postulat geht nun an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts und Antrags innert zweier Jahre.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, mit 84 zu 70 Stimmen abgelehnt, mit dem der Regierungsrat aufgefordert worden wäre, die Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) für den Kanton Zürich in Bezug auf die Lebenslage von Frauen auszuwerten und dazu regelmässig Bericht zu erstatten, um Rückschlüsse zur Altersarmut der Frauen ziehen zu können ([KR-Nr. 394/2019](#)).

Der Kantonsrat hat eine Motion des fraktionslosen SVP-Kantonrates Hans-Peter Amrein mit 88 zu 59 Stimmen abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass das Personal der Kernverwaltung des Kantons Zürich oder von Institutionen, die mehrheitlich vom Kanton Zürich beherrscht werden und mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, nicht Mitglied des Kantonsrates sein kann ([KR-Nr. 66/2020](#)).

(nic./sda)